

Initiative gegen Drogen

Auch wenn es eine drogenfreie Gesellschaft nicht geben wird: Die Zahl der Drogentoten und -abhängigen ist ebenso wie die Beschaffungskriminalität ein ernstzunehmendes gesellschaftliches Problem. Dabei lässt sich Sucht wirksam nicht allein durch Kriminalisierung und Repression bekämpfen. Es hat sich längst gezeigt, dass eine starre „law and order“-Haltung nicht zum Erfolg führt.

Aus diesem Grund muss es das Ziel einer liberalen Drogenpolitik sein, einen verantwortungsbewussten Umgang mit Drogen zu fördern und den Gebrauch von Drogen so weit wie möglich überflüssig zu machen.

Drogenpolitik muß vor allem auf Prävention zielen, aber auch Möglichkeiten der Therapie, Rehabilitation und Überlebenshilfe gestalten.

Grundsätzlich gilt:

- Es darf keine generelle Freigabe von bisher verbotenen Drogen geben.
- Oberstes Ziel aller Maßnahmen muss eine weitgehende Freiheit von Drogen sein.
- Alle Maßnahmen bei Abhängigen müssen so beschaffen sein, dass die Perspektive für ein drogenfreies Leben nicht zerstört wird.

Prävention:

Prävention nimmt für die F.D.P. den höchsten Stellenwert in der Drogenpolitik ein. Die Verbesserung der Prävention unter Einbeziehung von Familien, Schulen, Vereinen und Beratungsstellen ist uns ein dringendes Anliegen.

In allen Schulen müssen von den Schülern frei gewählte und entsprechend weitergebildete Drogenberatungslehrer vorhanden sein. Das Thema "Suchtprävention" muss in den Lehrplänen aller betroffenen Schulfächer ein stärkeres Gewicht bekommen. Dabei ist nicht nur auf die Gefahren des Drogenkonsums, sondern auch auf das Aufzeigen von Alternativen zu achten. Eltern kommt in der Drogenprävention eine besondere Rolle zu. Eltern minderjähriger Schüler müssen daher auf Elternabenden regelmäßig und ausführlich über das Problem informiert werden. Da oftmals der Grundstein für späteren Drogenkonsum in der Kindheit gelegt wird, sollen solche Veranstaltungen bereits in den Kindertageseinrichtungen, spätestens aber in den Grundschulen durchgeführt werden.

Kampagnen, in denen Prominente der verschiedensten Gebiete eine Vorbildfunktion übernehmen, sollen ausgeweitet werden. Der Einsatz von Streetworkern in Problemgebieten ist als wirkungsvolle Vor-Ort-Maßnahme auszubauen. Eltern muss stärkere Unterstützung angeboten werden, z. B. durch Suchtberatungsstellen, Förderung der privaten Initiativen und Selbsthilfegruppen.

Therapie:

Liberaler Drogenpolitik wird im Bereich Therapie von zwei Grundsätzen bestimmt: Therapie vor Strafe! und Therapie sofort!

Bei Drogenabhängigen, die sich freiwillig in eine Therapie begeben, soll von Strafen für drogenbedingte Straftaten abgesehen werden, sofern dies nicht zu unzumutbaren Härten gegenüber Dritten führt. In letztgenannten Fällen soll ein Täter-Opfer-Ausgleich nach Vorbild des Jugendgerichtsgesetzes angestrebt werden.

Wer einen Therapieplatz sucht, darf nicht lange warten müssen. Die F.D.P. setzt sich daher dafür ein, dass Therapiewillige innerhalb von 24 Stunden einen solchen bekommen können. Zudem müssen neue Therapiemaßnahmen zum Ausstieg aus der Abhängigkeit entwickelt werden

Rehabilitation:

FDP Niedersachsen, Landesfachausschuss Soziales und Gesundheit
Positionspapier zur Landtagswahl 2003

Um die gesellschaftliche Reintegration von möglichst vielen Drogenabhängigen zu erreichen, unterstützen wir den Ausbau von Methadonprogrammen und Bestrebungen, unter ärztlicher Kontrolle gegebenenfalls auch sogenannte Originalstoffe gegen Rezept abzugeben. Die Möglichkeit der Einführung eines Drogenpasses ist zu prüfen.

Drogenberatungsstellen haben sich als eine geeignete Anlaufstelle für Drogenabhängige erwiesen. Die F.D.P. setzt sich für die Aufrechterhaltung des bestehenden Angebotes ein. Die Eingliederungshilfen für therapiewillige Abhängige vor, während und nach dem Entzug sollen verstärkt, niederschwellige Angebote weiter ausgebaut werden.

Überlebenshilfe:

Drogenabhängige sind Kranke. In dieser Erkenntnis, dass Sucht eine chronisch wiederkehrende Erkrankung ist und nicht nur schuldhaftes Laster haltloser und willensschwacher Charaktere brauchen wir bessere Hilfsangebote für Schwerstabhängige. Die F.D.P. setzt sich für eine kontrollierte Abgabe sog. "harter Drogen" (sogenannte Originalstoffe) an Schwerstabhängige in medizinisch angezeigten Fällen ein, um auch diesen eine Teilnahme am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen und die Beschaffungskriminalität einzudämmen.

Wir wollen deshalb, dass Konsumräume als Teil der Überlebenshilfe eingerichtet werden. Wir halten die Einrichtung von sogenannten Konsumräumen für unabdingbar, um Abhängige vor unnötigen Beikrankheiten zu schützen und um sie in einem rehabilitationsfähigen Zustand zu halten. Darüber hinaus lehnen wir offene Drogenszenen ab.